

AUS DEM WIRTSCHAFTSBERICHT 2008 DES ZELEM-VEREINS

Der China-Missionar Hudson Taylor hatte einmal gesagt, daß ein Glaubenswerk weder Schulen machen noch Spendenaufrufe starten darf. „Ich bitte dringend, niemals jemanden um Geld zu bitten, außer Gott im Gebet. Wenn unsere Arbeit zum Betteln wird, stirbt sie“, waren seine Worte. Die Zeitschrift der Evangelischen Allianz IDEA veröffentlichte dies in ihrer Spektrum-Ausgabe 22/2005. Gehalten hat sich dieses Nachrichten-Magazin niemals an diesen Grund-

satz. Während dieses Blatt uns halbjährlich eine Abo-Rechnung von immerhin 62,40 EURO (im Jahre 2007 waren es noch 59,40 €) zusendet, erhält diese Nachrichten-Agentur seit Jahrzehnten unsere BNI-Zeitschrift kostenlos. Gespendet wurde von deren Seite niemals für unseren gefährvollen Verkündigungsdienst.

Besonders geschäftstüchtig ist ein gewisser Ludwig Schneider von „Nachrichten aus Israel“ (NAI), der vor Jahrzehnten bereits tönte, daß man sich mit „Is-

rael“ viel Geld machen könnte. Dieses „Geschäft mit dem Glauben“ beherrscht dieser Mann mit seinem Familienclan geradezu bravourös. Und „Bibel-TV“ hilft ihm mit seiner Sendung „Israel heute“ dabei kräftig, noch mehr Werbung für sein Geschäftsunternehmen zu machen. Einst verlangte er für seine nichtssagende Blattsammlung im Jahre 1985 noch einen Jahresbeitrag von 144,- DM, heute beläuft sich der Jahresbezugspreis auf 90 DM, sein „Israel-Jahrbuch“ sogar auf

120,- DM. Neuerdings verlangt er für seine dürftigen Nachrichten 48,- EURO jährlich. Dabei sucht man vergeblich Informationen über den Glaubens- und Bekenntniskampf von Israels Judenchristen. Auch über den Mordanschlag von K.M.Pülz erfährt man darin genauso wenig, wie auch keineswegs Israel zur Umkehr zu seinem Messias Jeschua aufgerufen wird. Darüber hinaus erfährt niemand, inwieweit er eine ordnungsgemäße Buchhaltung führt, ob er die Spenden aus Deutschland gegenüber dem is-

raelischen Fiskus deklariert, denn dann müsste er daraus Steuern abführen, weil er keine „Amuta“ (gemeinnützig anerkannter Verein) in Israel ist. Auch Pomaden und Seife, Parfüm im Antik-Glas und sonstige Kräutermischungen, Schmuck, T-Shirts, Uhren und sonstigen Klimbim kann man bei Ludwig Schneider und Sohn Aviel überteuert einkaufen. Aber was wissen schon die israelbegeisterten deutschen Christen, wenn ein Mann mit Kippa so tut, als wäre er ein Jude, wo er und seine Frau im Jahre

1978 lediglich mit Touristenvisum nach Israel eingereist sind, also nicht wie unsereiner über die Jewish Agency (sochnut) in Frankfurt/Main nach dem Rückkehrgesetz als jüdische Heimkehrer. Aus diesem Grunde war er auch niemals in die israelische Armee einberufen worden; und seine Söhne dienten darin nur als Freiwillige, um später sagen zu können, sie seien nach dem Rückkehrgesetz eingewanderte Juden. Darüber berichteten wir auf mehrfache Anfragen hin in unserer BNI-Ausgabe 111.

Demgegenüber verlangen wir vom ZeLeM-Verein keine Abonnementsgebühren und rufen auch nicht zu Spenden auf, sondern bedanken uns nur für die Gaben unserer Glaubensgeschwister. Jedermann sollte wissen, was ihm unsere Veröffentlichungen wert sind, zumal wir ja in Israel eine eigene Gemeinde zu versorgen haben und im übrigen auch missionarisch tätig sind. Damit machen wir uns freilich in Israel nicht beliebt und auch nicht bei so manchen blinden deutschen Christen, die Gefolgsleute des Staates Israel sind und den Juden, nach allem, was ihnen von deutscher Seite alles an Ungemach widerfahren ist, eine Verkündigung des Evangeliums nicht mehr zumutbar erscheint. Mit einer solchen Haltung wird das Volk Israel weiterhin in die Gottesferne gestoßen, denn eine Annahme Israels kann nur durch die Akzeptanz der Sühnetat Jeschuas am Kreuz erfolgen. Die Juden bilden hier keine Ausnahme (Jes. 59,20; Apg. 4,10-12; Röm. 1,16-17; 11,26). Würden sie alle den Heiland wirklich kennen, wie ich ihn mit drei Jahren sehen durfte in Macht und Herrlichkeit, würden sie allesamt keine Rücksicht mehr nehmen, ob es den Menschen gefällt oder nicht, diesen mächtigen Herrn unserer Seelen zu verkündigen.

Einst war die Opferbereitschaft in Deutschland groß. So

Beglaubigte Ablichtung

Jüdische Gemeinde zu Halle (Saale)
Körperschaft des öffentlichen Rechts

Halle (Saale)
Große Märkerstr. 13
Tel. Nr. 20963
den 14. Jan 1963

Eingegangen
17. JAN. 1963

Bestätigung

Hiermit bestätigen wir, daß

Herr Erich P ü l z , geb. 2.7.1903 in
Gräfenthal/Thüringen


und dessen Ehefrau

Charlotte P ü l z geb. Eilfeldt,
geb. 18.10.1908 in Halle/Saale


in Jahre 1933 in Halle/Saale die Ehe schlossen.

Die o.G. waren Mitglieder der Jüdischen Gemeinde zu Halle/Saale
und jüdischen Glaubens.


JÜDISCHE GEMEINDE ZU HALLE/SAALE


Karl Sobel

Vorstehende Ablichtung stimmt
mit der Urschrift wörtlich überein.
6209 Aarbergen 4, den 17. MRZ. 1961
Ortsgerecht Aarbergen III



Tgb.:
Gebühr
DM 2,-


Ortsgerechtsvorsteher

wurden bei der Elbeflut im Jahre 2002 350 Millionen Euro und für die Flutopfer in



chen, werden die Gehälter der rund 50 Mitarbeiter um 2,5 Prozent gesenkt. Zudem fallen fünf Stellen



IM VERSTECK

AUFGESPÜRT
FOCUS stellte den untergetauchten Chef der betrügerischen „Kinder- und Altenhilfe“, Heinz E., zur Rede

Von den Kleiderspenden im Bundesgebiet dienen **90 %** keinem karitativen Zweck, sondern werden **kommerziell genutzt**



POLIZEI-RAZZIA

ÜBERFÜHRT
Die Polizei stellte in Hattingen Mitarbeiter des verbotenen Vereins „Kinder- und Altenhilfe“

Südostasien sogar 500 Millionen Euro gespendet. Daß hier auch Mißbrauch mit solchen Geldern geschieht, liegt auf der Hand, denn niemand hat eigentlich erfahren, wie diese Spenden verwendet wurden und ob sie wirklich die betroffenen Opfer erreicht haben. Ein solches Beispiel lieferte die kommerzielle „Kinder- und Altenhilfe e.V.“ in Hessen, Rheinland-Pfalz und mindestens drei weitere Bundesländer um Altkleiderspenden. Aber die Jacken, Hosen oder Pullover werden ganz sicher nicht an Kinder oder Rollstuhlfahrer verschenkt. „Der Erlös dient keinem karitativen Zweck. Wir haben den Verein verboten“, klärte Sven Brauers von der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) in Trier auf. „90 Prozent aller Altkleidersammler sind unseriös“, warnt Burkhard Wilke, Geschäftsführer des Deutschen Zentralinstituts für Soziale Fragen (DZI) in Berlin, dem wir jahrelang unsere Kassenberichte zugesandt hatten, aber von der Einrichtung von Gebühren für deren Testate Abstand nahmen, die sich auf bis zu 10.000 Euro belaufen. Dafür zahlen wir jährlich an das Wirtschaftsprüfungsbüro Dr. Penné & Pabst, Bad Schwalbach, jährlich 3.766,35 €. Dafür nimmt uns dieses Prüfungsbüro die Erstel-

lung unserer deutschen und israelischen Buchhaltung ab, was auf das DZI nicht zutrifft.

Wir weisen unsere Gemeindeglieder in Israel immer wieder darauf hin, daß die Kleiderspenden aus dem Ausland nicht dafür gedacht sind, diese an andere Personen zu veräußern. Es besteht gerade in der Zeit der akuten Finanz- und Wirtschaftskrise die Gefahr, daß solche Kleiderspenden in Second-Hand-Läden wieder verkauft werden. Immerhin spenden die Deutschen jährlich etwa 2,3 Milliarden Euro; 400 000 Tonnen Kleider werden gesammelt.

Als Folge der gegenwärtigen Wirtschaftskrise sind vor allem jene christlichen Werke betroffen, die mit ihren Bauten Schulden eingegangen sind, die sie bei zurückgehenden Spenden nun nicht mehr abzahlen können. Eines der größten deutschen Missionswerke – das Missionshaus Bibelschule Wiedenest (Bergneustadt/Oberbergisches Land) muß Stellen streichen und Gehälter kürzen. Im vergangenen Jahr machte das Werk ein Minus von 233.191 Euro. Der Vorstand habe daher jährliche Einsparungen von 300.000 Euro beschlossen, berichtete deren Leiter Gerd Goldmann. Um dieses Ziel zu errei-

weg. Erst im Januar hatte das Werk einen 1,3 Millionen Euro teuren Neubau eingeweiht.

Die württembergische Landeskirche wird in diesem Jahr voraussichtlich 65 Millionen Euro weniger einnehmen als 2008. Das ist ein Minus von 11 Prozent gegenüber dem Vorjahr, als noch 595 Millionen Euro eingingen. Dies teilte der Finanzdezernent, Oberkirchenrat Martin Kastrup, mit. 2010 würden voraussichtlich weitere 30 Millionen Euro fehlen. Als Begründung wird angegeben, daß durch Austritte und den Bevölkerungsrückgang die Kirchensteuern jährlich um vier Millionen Euro zurückgingen.

Der ZeLeM-Verein in Zahlen

Unsere Ausgaben im Finanzjahr 2008 konnten wir mit 211.127,79 Euro gegenüber dem Vorjahr (336.837,98 €) um 125.710,19 € reduzieren. Durch die Entlassung unserer Sozialarbeiterin und durch den Umzug von Herzliya in meine Wohnung nach Jaffo konnten wir die teure Miete von 2.500 US-Dollar monatlich einsparen, zumal ich für die Arbeit der dortigen „Messianischen Bekenntnisgemeinschaft“ keine Miete verlange, sondern lediglich die Deckung der Unterhaltskosten.

BESCHEINIGUNG

Hiermit bestätigen wir, dass wir die Kassenabrechnungen des

ZeLeM

- Verein zur Förderung des messianischen Glaubens in Israel e.V. -
und seiner Institutionen in Israel

geprüft und danach die Buchführung und den Kassenbericht für das Geschäftsjahr 2008 aufgestellt haben.

Die Prüfung hat keine Beanstandungen ergeben. Wir haben keine Feststellungen getroffen, die den Vorschriften der Abgabenordnung - Dritter Abschnitt „Gemeinnützige Zwecke“ - nicht genügen und zur Versagung der Gemeinnützigkeit des Vereins führen könnten.

Bad Schwalbach, den 07.07. 2009


Harald Pabst
Wirtschaftsprüfer
Steuerberater

Der Saldo im Jahre 2007 belief sich noch auf ein Soll von 75.356,29 €; für 2008 konnten wir den Kostenstand mit 7.722,50 € (Haben) ausgleichen. Das Testat unseres unabhängigen Wirtschaftsprüfungsbüro Dr. Penné & Pabst vom 7. Juli 2009 veröffentlichten wir auch in dieser vorliegenden BNI-Ausgabe, damit böse Zungen nicht behaupten können, wir würden nicht ordnungsgemäß Ihre Gaben verwalten. Denn diese bösen Zungen

aus vermeintlich christlichen Mäulern sind nicht müde, unseren Verkündigungsdienst schlecht zu reden, um diesen möglichst zu Fall zu bringen. Wir können also feststellen, daß es nicht die weltlichen Menschen sind, die uns übel wollen, sondern daß der Widersacher durch gläubige Christen handelt, so paradox dies auch klingen mag. Ich kenne allerdings keine andere christliche Organisation – und dies betrifft auch sogenannte Israel-Werke -, die ebenfalls ei-

nen solchen Nachweis einer korrekten Kassenführung liefern, wie wir dies seit Jahrzehnten zu tun pflegen. Vor allem denke ich dabei an die vielen frei schaffenden Israel-Referenten, die zwar Spenden einkassieren, aber darüber keine Abrechnungen vorlegen. Es ist erstaunlich, wie nachlässig in solchen Fällen die Steuerfahndung arbeitet, denn wer nicht als gemeinnützig von der zuständigen Finanzbehörde anerkannt ist, darf überhaupt keine Spenden einsammeln, oder er muß diese als Einkünfte versteuern. Dies bedeutet, daß der Zusammenschluß zu einem eingetragenen Verein aus angeblich biblischen Gründen von jenen „Christen“ verteufelt wird, um damit einen Rechtfertigungsgrund für das eigene gesetzwidrige Verhalten zu haben. Ich könnte hier Namen aufführen, die dies tun, zumal uns bereits von deren Seite unterstellt wurde, wir würden mit dem Antichristen gemeinsame Sache machen. Solche Christen sind keine Christen, da wir „dem Kaiser“ gegenüber unsere Pflichten mehr als die weltlich eingestellten Christen zu erfüllen haben (lies Matth. 22,17-21 par.). Dieses verbriefte Recht, Spenden einzunehmen und gegenüber den Behörden Rechnung zu legen, berechtigt uns andererseits, Spendenquittungen auszustellen, so daß unsere Spender dafür 20 Prozent ihrer Gaben von der Lohnsteuer bzw. Einkommensteuer absetzen können. Dieses Privileg haben jene Spendensammler nicht, die eine unerlaubte Schattenwirtschaft betreiben und sich zudem dabei strafbar machen. Übrigens bei Spenden bis zu 200 Euro bedarf es auch keiner Spendenquittung mehr. Dem Finanzamt genügt der Einzahlungsbeleg.

Zur Transparenz unserer Ausgaben gehört auch der Nachweis unserer missionarischen Tätigkeit in Israel, was wir anhand der Originalbeiträge in der israelischen Presse tun. Auch wenn

dies die orthodoxen Juden als Provokation auffassen, so sehen wir keine andere Möglichkeit, um möglichst effektiv das Evangelium durch die Medien zu den Menschen zu bringen. Daß dies auf Widerstand stoßen wird, berichtet bereits die Apostelgeschichte, was Stephanus das Leben kostete, ebenfalls beinahe auch Paulus, und Petrus wurde inhaftiert und ausgepeitscht. Soweit ist es mir noch nicht ergangen, aber dennoch wurde ich oft genug mit dem Tod bedroht.

Auf alle Fälle beschränken wir uns nicht nur auf karitative Tätigkeiten, denn anlässlich unserer Schabbat-Versammlungen verteilen wir Lebensmittel und Kleidungsstücke aus dem Ausland an unsere Gemeindeglieder. Dabei erstatten wir ihnen auch die Kosten für Taxi und Privatfahrzeuge, da noch immer keine öffentlichen Verkehrsmittel am Schabbat verkehren, was eine Härte vor allem für jene Israelis ist, die nicht die Mittel haben, um sich ein Fahrzeug leisten zu können. Dieses orthodoxe Regime ist einfach unmenschlich, und sie benutzen den Schabbat als Joch für das Volk, obwohl der Schabbat für den Menschen eingesetzt wurde und nicht umgekehrt. Wer arm in Israel ist, kann seine Angehörigen in anderen Landesteilen in seiner Freizeit nicht besuchen.

Am 5. September findet unsere Jahresmitgliederhauptversammlung am Ort des Vereins statt, wo sämtliche Ausgabenposten detailliert vorgetragen und erläutert werden. Bei dieser Gelegenheit wird auch der Vorstand durch die anwesenden Vereinsmitglieder entlastet werden, was für die Finanzbehörde wichtig ist, die den Entlastungsbeschluß gemeinsam mit dem Kassenbericht zugesandt erhalten wird.

Das orthodoxe Judentum unterläuft die Prinzipien eines demokratischen Rechtsstaates

Israel gibt sich als einen demokratischen Rechtsstaat aus, aber betont dabei seinen jüdischen Charakter. Dabei hat Premier Netanjahu mit der Wahl seiner Koalitionspartner – oder sollte man besser sagen mit dem Kauf – religiöser Parteien alles dafür getan, daß sich diese Pseudo-Demokratie zunehmend in eine Diktatur der fanatischen orthodoxen Minderheit im Lande verwandelt.

Als es darum ging, daß die nicht-orthodoxen Schulen mit 100 Prozent vom Staat bezuschußt werden sollten, protestierte lautstark Mosche Gafni von der „Vereinigten Torah-Judaismus-Partei“, der zudem auch noch der Vorsitzende des parlamentarischen Finanzausschusses ist. Es sind gerade diese ultra-orthodoxen Juden in Israel, die stets am Geldhebel sitzen, und die schwachen Regierungschefs lassen dies auch noch zu, um Mehrheitsregierungen bilden zu können. Gafni ist auch der Fanatiker, der einst das „Antimissionsgesetz“ verschärfen wollte, indem bereits mit einem Jahr Gefängnis bestraft werden soll, der Bibeln mit dem Neuen Testament verschickt. Gafni meint von sich, die Zukunft des jüdischen Volkes auf diese Art sicherstellen zu können. Dabei lernen die Schüler in den orthodoxen Schulen keine Fremdsprachen und naturwissenschaftliche Fächer, so daß auch sie einmal nicht in der Lage sein werden, einen normalen Beruf auszuüben. Geldtransfers an nicht-orthodoxe Institutionen möchte Gafni unterbinden. Damit möchte er auch Konversionen durch reformierte Rabbis sabotieren, die er ohnehin für inkompetent hält. Für Gafni sind diese alle Verräter am Judentum, Witzfiguren, die ohne Hierarchie und Regeln arbeiten.

Selbst die jüngste Entscheidung des Obergerichts, bei der Geldvergabe den Grundsatz der Gleichheit walten zu lassen, so daß sämtliche Strömungen des Judentums Steuergelder erhalten, ignoriert Gafni. Obschon der Staat Israel von weltlichen Juden gegründet wurde, sehen sich die orthodoxen Juden nun als Hüter der mosaischen Gesetzgebung innerhalb eines vornehmlich weltlichen Staates, der sich auch noch auf eine demokratische Gesetzgebung beruft.

Diese Herrschaft religiöser Fanatiker tangiert auch die Konversionsfrage. So annullierte das rabbinische Berufungsgericht – nicht mit den weltlichen Gerichten gleichzusetzen –, sämtliche Konversionen von Rabbi Chaim Druckman nachträglich. Diese Fanatiker bestimmen, wer wirklich Jude ist und wer nicht. Im Inbal-Hotel in Jerusalem trafen sich Mitte Juni Abordnungen von Rabbis aus aller Welt zu einer „Ewigen Jüdischen Familie Internationalen Konferenz“ (Eternal Jewish Family International Conference) (EJF), um eine Standardisierung der Konversionsregeln zum Judentum zu entwickeln, was vor allem bei Ehelichungen zwischen Partnern verschiedenen Glaubens wichtig sei. Besonders Rabbi Avraham Sherman tat sich bei jener Konferenz hervor, der Richter (hebr.: dajan) am Rabbinatsgerichtshof ist. Im Gegensatz zu den weltlichen Gerichten entscheiden die Rabbinatsgerichte über standesamtliche Regeln. Sie wollen sich auch hier nicht von der weltlichen Gerichtsbarkeit hineinreden lassen. Dies heißt im Klartext, daß es zwei verschiedene Gerichtsbarkeiten in Israel gibt, was unvereinbar ist für eine einheitliche Jurisdiktion eines demokratischen Rechtsstaates. Denn mit der plötzlichen Annullierung im April 2008 von Tausenden von Konversionszertifikaten gelten die betroffenen Personen erneut als „go'im“



Im Inbal-Hotel in Jerusalem trafen sich orthodoxe Rabbis aus aller Welt, um die Konversionsregeln zu standardisieren

(Nichtjuden) in Israel und müssen mit ihrer Ausweisung aus dem Lande rechnen. Handelt es sich dabei auch noch um Mütter, gelten dann auch die Kinder als „mamserim“ (Bastarde) und nicht mehr als Juden. Der Scharfmacher Sherman kann sich nicht vorstellen, daß Menschen, die bislang in „Häresie, Haß auf Religion, in Freizügigkeit, Kommunismus und Sozialismus“ aufwuchsen, plötzlich die Tiefe des jüdischen Glaubens und dessen Religionsgesetzgebung erkennen und annehmen würden. Wenn also eine Christin zum Judentum übertreten möchte, nur um ihren jüdischen Freund heiraten zu können, dann muß sie bei den „dajanim“ mit einer Ablehnung rechnen. Ins Judentum soll nur aufgenommen werden, der aus ehrlichen Glaubensgründen zum Glauben Israels konvertieren will. Da das Judentum eine Gesetzesreligion ist, gilt es, all jene mündlich überlieferten Gesetze auch zu kennen, da nur der

Wissende die mosaischen Regeln einhalten kann. Nach dem Talmud soll auch jeder Antragsteller dreimal verworfen werden, damit er sich einen solchen Schritt gründlich überlegt. Allein die Kaschrutaufgaben (Reinheitsgesetze) sind eine finanzielle Bürde, eine ganze Kücheneinrichtung in eine fleischige und milchige zu trennen und lediglich koscheres (also ausgeblutetes) Fleisch und Lebensmittel zu sich zu nehmen. Demzufolge soll ein Konversionsaspirant als Vorbereitung zum Religionsübertritt ein Jahr lang in einem Haushalt orthodoxer Juden gelebt haben, um in praxi Judentum kennen zu lernen.

Rabbi Joseph Scheinin aus Aschdod meinte bei jener Konferenz: „Die Einwanderer aus der einstigen Sowjetunion, die heiraten möchten, stellen alles mögliche an Betrügereien an, um ihr Ziel zu erreichen. Sie sind allesamt Schwindler!“ Mit dieser Einstellung der orthodoxen Juden zeichnet sich der Staat Israel als

ein rassistischer aus. Darüber hinaus wird so die Integration von zirka 300.000 Einwanderern aus Rußland verunmöglicht, die zum Teil ohnehin bereits israelische Staatsbürger sind und in der israelischen Armee ihren Dienst tun; für Israel ihr Leben lassen, aber nicht auf einem jüdischen Friedhof bestattet werden dürfen. Diese Handhabung ist mit den Menschenrechten eines demokratischen Staatswesens unvereinbar. Darüber hinaus wird das Innenministerium, geleitet von dem Fraktionsvorsitzenden der sephardisch-orthodoxen SCHAS-Partei, die nicht wertneutral gegenüber den Bürgern Israels eingestellt ist, sondern nur die Bürger bevorzugt, die den gleichen Lebensstil praktizieren. Humanistische Gesichtspunkte gelten bei diesen Leuten nicht, die die gleichen Grundsätze verfolgen, die bereits der Heiland im achtfachen Wehe über die Schriftgelehrten und Pharisäer geißelte (Matth. 23,13-35).

Daher empfehle ich niemandem

dem, das Judentum mit der christlich-messianischen Ethik gleichsetzen zu wollen und vor allem die jüdische Gesetzlichkeit an die Stelle der Liebesbotschaft Jeschuas (Joh. 13,34-35) zu stellen! Wer solches tut, tritt das Veröhnungsblut des Messias Jeschua mit Füßen. Dieser Gefahr unterliegen sämtliche christliche Israelfreunde, die den Heiland aus ihrem Blickfeld verloren haben. Übrigens den Beitrag „Converts will do everything to deceive“ (Konvertiten tun alles, um zu betrügen) kann man in der Zeitung „HAARETZ“ vom 18. Juni 2009 nachlesen. Hiernach soll jeder Konvertit nochmals genau von orthodoxen Rabbis überprüft werden, ehe er als Jude registriert wird.

Die Agitation der Antimissionsliga „Jad le-Achim“

Die absolute Dominanz der orthodoxen Juden in Israel und ihrer politischen Lobby in der Knesset machen die Verkündigungsmöglichkeiten menschlich gesehen unmöglich. Vor allem die Ausspähung durch die Antimissionsliga „Jad le-Achim“ von messianischen Juden (Judenchristen) und deren Versammlungen macht aus Israel einen Spitzelstaat. Denn bei den meisten antichristlichen Reaktionen des Innenministeriums hatte zuvor die Antimissionsliga agiert und die Behörden auf die „Messianischen“ hingewiesen gehabt.

Der Überfall auf eine messianische Gemeinde in Beer-Scheva im Dezember 2005 hatte kürzlich ein gerichtliches Nachspiel. Die Gemeinde hatte kurzerhand den Hauptrabbiner von Beer-Scheva, Deri, und die Antimissionsliga „Jad le-Achim“ verklagt. Die orthodoxen Juden hatten ohne behördliche Genehmigung eine Demonstration abgehalten, waren in den Gemeinderaum eingedrungen, griffen Gemeindeglieder tätlich an, zerbrachen Möbel-

stücke und hielten einen eigenen Gebetsdienst darin ab. Der Pastor Howard Bass wurde einfach in ein Taufbecken gestoßen. Ein Koreaner wurde in die Beine getreten mit der Bemerkung: „Geh zurück nach Thailand, du dreckiger Thai-Arbeiter!“ Drei Demonstranten wurden festgenommen, aber keine Anklage erhoben. Seit jener Zeit besuchen von zehn bis zwanzig Personen aus jener Gemeinde unsere Schabbat-Gottesdienste in Jaffo.

Die jüdischen Eiferer erinnern an die SA-Stürmer-Trupps gegen Deutsche jüdischen Glaubens in den 30er Jahren.

Auch in Arad, nahe Beer-Scheva, wurden Plakate aufgehängt mit der Aufschrift „Watch out, missionaries!“ (Paßt auf, Missionare). Auch die Vorfälle aus dem Jahre 2005 gegen das messianische Ehepaar Eddie und Lura Beckford wurden nunmehr in der „Jerusalem Post“ (vom 2. Juli 2009) veröffentlicht. Eddie Beckford, 61, ist ein farbiger Amerikaner. Doch in Israel wurde er nicht gerade mit offenen Armen von den orthodoxen Juden empfangen. Hunderte „Gur Chassidim-Juden“ sangen vor dem Haus des Paares: „Nigger, geh zurück nach Harlem!“. Eddie betreibt im

Ort einen Schach-Club, der nach Ansicht der orthodoxen „Gur-Chassidim“ ein Hort von christlichen Missionaren wäre. Am 17. Juni 2005 nun versammelten sich die

jüdischen Fanatiker und riefen: „Komm her, du blöder Nigger!“ Andere tönten: „Nigger-Bastard!“ Die herbeigerufene Polizei hielt die Horde vor einem Angriff auf das Haus zurück, mehr tat sie nicht. Aus dem Haus heraus filmte Eddie die Szene. Das Schimpfwort „Bastard“ ist ein stehender Begriff mit Bezug auf „Jesus“, der angeblich auferstanden sei und aus einer Verbindung zwischen Maria (Miriam) und einem römischen Legionär namens Pandera entstamme, daher die talmudische Bezeichnung „etnan sonah“ (Geschenk einer Hure) für den Heiland der Welt.

Zwei Monate später wurde der Schach-Club kurzerhand niedergebrannt. Er wurde zwischenzeitlich wieder aufgebaut, aber an den Fenstern mit Gittern versehen. Einige Zeit später wurden Dutzende Liter Benzin bei Tageslicht um den Club verschüttet, während einige ältere russische Einwanderer darin Schach spielten. Mehrere Gemeindeglieder wurden die Autoreifen zerstoßen oder mit dem Slogan „fuck!“ überall zerkratzt. Auf dem Obst- und Gemüsemarkt und auf der Straße werden sie seit fünf Jahren von den Gur-Chassidim bedroht und angepöbelt. Ein ein-



Das messiasgläubige Ehepaar Eddie und Lura Beckford aus Arad

ziges Mal wurde einer dieser Fanatiker festgenommen, aber umgehend wieder auf freien Fuß gesetzt. Mehrfach versuchten Gemeindeglieder, den Polizeichef, Juval Paz, telefonisch zu erreichen, aber dieser ließ sich stets verleugnen und rief auch niemals zurück. Überhaupt empfahl bei akuten Rüpeleien die Polizei den betroffenen Gläubigen, im Büro abzuwarten, manchmal bis zu sechs Stunden, ohne daß die Polizeibeamten gegen diesen Mob einschritten.

„Alle ihre Anschuldigungen sind falsch!“ behauptet ein orthodoxer Jude von der „Jeschivat Lev Sameach“ (übersetzt: Talmudschule fröhliches Herz). Es klingt wie Hohn, wenn diese Vandalen ihr ungesetzliches Tun noch in dieser Weise verbrämen. So ist es verständlich, wenn diese Fanatiker Journalisten und Fotoapparate scheuen. Fragt man sie, gehen sie einem aus dem Wege oder verweigern ihren Namen. Einer dieser Orthodoxen meint, daß er eigentlich nichts gegen Christen habe, aber gegen Missionare, die Juden angeblich gesetzwidrig zu einem anderen Glauben überzeugen wollen. „Dies ist nicht ihr Land, und alle diese Missionare müßten ausgewiesen werden!“ Was würde man sagen, wenn man in Deutschland alle Juden ausweisen würde, nur weil sie keine Christen sind? Toleranz ist keine Einbahnstraße. Selbst in den USA bekleiden sie höchste Posten, aber billigen den judenchristlichen Israelis nicht einmal ein Bleiberecht in Israel zu.

Yoyakim Figueras aus Arad erinnert sich, daß sie ihn und seine Familie aufgrund seines Glaubens an Jeschua mit „Nazi-Hund!“ beschimpften. „Stoppt Juden in das Christentum zu taufen!“ sind noch moderate Ausrufe. Allerdings sei hier bemerkt, daß viele Gemeinden durchgesetzt sind von afrikanischen Gastarbeitern, ausländischen Studenten,

nichtjüdischen Flüchtlingen und Arabern. Zirka 15 dieser verschiedenen Personengruppen nehmen an Gemeindeversammlungen teil. Die Polizei, auf die ständigen Demonstrationen angesprochen, erklärt ihrerseits, daß die „frommen“ Juden diese Ausländer eben nicht liebten. Auf den Einwand, daß Israel ein demokratisches Land sei, bekommt man keine Antwort. Da Beckford einen der orthodoxen Fanatiker angeblich in einer Notwehrsituation niedergeschlagen hatte, erhielt er Hausarrest.

Ein Ehepaar verließ Arad, weil es um sein Leben fürchtete. Die Ehefrau war mit ihrem Baby von den orthodoxen Rowdies mit den Worten „Goi (Heidin), „Christin“ und „Verräter“ angepöbelt worden. Sie warfen auch einmal ein Plakat auf die kleine Tochter. Ein gewisser Mendel alarmierte umgehend seine Kumpel, wenn er die Frau mit ihrem Kind auf der Straße entdeckte. Sogleich begannen sie mit ihren Schimpfworten, kreisten die Frau ein, daß sie fürchtete, tötlich angegriffen zu werden. Eddie kam ihr zu Hilfe und schlug einen der Fanatiker zu Boden.

Die Antimissionsliga „Jad le-Achim“ stellte gegenüber dem Haus Poster auf, auf dem stand für alle Menschen sichtbar: „Der Missionar Edwin Beckford steht unter Hausarrest!“ Darunter heißt es weiter: „Bürger von Arad: Die Missionare liegen im Hinterhalt. Gebt ihnen keinen Unterschlupf in Arad!“ Viermal heißt es danach: „Vorsicht. Missionare!“ Diese Agitationen der Antimissionsliga sind eine üble Volksverhetzung und gehörte bestraft. Lura Beckford wanderte 1995 mit ihrem messianischgläubigen Mann in Israel ein. Er ist ein Vietnam-Veteran. Nachdem der Ehemann an einer Herzattacke verstorben war, heiratete sie später Eddie, den sie im Jahre 2001 kennengelernt hatte.

Auch eine Anzeige wegen Beleidigung aufgrund der Bezeich-

nung „Nigger!“ blieb von der Polizei unbeachtet. Ein jüdischer Kiosk-Besitzer bestätigte die Aggressivität der „Charedim“ (Bezeichnung für die orthodoxen Juden). An Feiertagen kommen ganze Hundertschaften und blasen ins Schofar-Horn. Auch Lura Beckford muß sich von diesen Banditen „Hure!“ bezeichnen lassen. Selbst der Geschäftsmann rief mehrfach die Polizei, aber sobald die Polizisten auftauchten, ergriffen sie die Flucht. Er hörte einen dieser Orthodoxen rufen: „Wir brauchen den blöden Jesus, diesen Judenbastard nicht, um alle die kranken Juden und all die kranken Christen hinauszuführen!“

In einem anderen Fall konnte eine Judenchristin durch ein Obergerichtsurteil einen Sieg über das Diktat eines Rabbis gewinnen. Das Gericht befahl dem Rabbinat von Aschdod, einer ortsansässigen Bäckerei, die einer Pnina Comporati (51) gehört und an Jeschua glaubt, die notwendige Kaschrutlizenz auszustellen. Sie war in einem traditionellen jemenitischen Haushalt aufgewachsen. Im Alter von 16 Jahren, als sie noch in den USA lebte, fand sie an Jeschua zum Glauben. 2001 eröffnete sie im israelischen Gan Javneh eine Bäckerei. Nachdem die „Jad le-Achim“ das zuständige Rabbinat über den Glauben der Frau informiert hatte, annullierte dieses umgehend das Kaschrut-Zertifikat, das der Ausweis dafür ist, das das Essen rituell kosher ist. Nachdem sie eine zweite Bäckerei in Aschdod eröffnete, wurde auch dort die Kaschrutlizenz entzogen, was zu einem Rückgang ihres Verkaufs von 70 Prozent innerhalb von drei Wochen zur Folge hatte. Im Juli 2006 erklärte ihr das Rabbinat, daß sie einen vollzeitlichen Kaschrut-Aufseher einstellen müsse, weil sie an Jesus glaubt. Dieser soll auch im Besitz sämtlicher Schlüssel sein. Comporati wandte sich beschwerde-

führend an das Oberrabbinat, das erneut festlegte, sie könne die Kaschrut-Lizenz zurückerhalten, wenn sie jemanden einstellen würde, der „koscher“ sei und sich zum Großteil des Tages auf dem Grundstück aufhalte und sie schließlich die Schlüssel über Nacht einem Kaschrut-Aufseher aushändige.

Diese Entscheidung führte Comporati dazu, im Jahre 2007 Klage beim Obergericht in Jerusalem einzureichen und führte dabei an, daß sie nur wegen ihres Glaubens eine solche Einschränkung erhalte, was dem Grundsatz der Beschäftigungs- und Religionsfreiheit widerspräche. Das Rabbinat, unterstützt auch noch von Generalstaatsanwalt Menachem Masus, beharrte auf seinem legitimen Recht, dem jedoch die Richter vom Obergericht widersprachen. Sie argumentierten, daß solange der persönliche Glaube der Klägerin die Reinheit der Speisen nicht beeinträchtige, das Rabbinat nicht das Recht habe, sie deshalb zu diskriminieren (Quellen: „Jerusalem Post“ vom 30. Juni 2009 und „Haaretz“ vom 30. Juni 2009).

Dies erinnert mich an eine öffentliche Veranstaltung im Jahre 1990, wo ich im Tel Aviver Hotel „Basel“ über den messianischen Glauben an Jeschua referierte. Noch während meiner Ausführungen rief das Oberrabbinat in Jerusalem bei der Hoteldirektion an und drohte, dem Hotel die Kaschrut-Lizenz zu annullieren, falls mir nochmals der Saal vermietet würde. Darüber berichtete die hebräische Zeitung „MAARIV“ mit der Überschrift „Heiliger Krieg“ (milchemet kodesch) am 23. Februar 1990 (dokumentiert in meinem Buch „Schalom für Israel“, Seite 152 ff.). In jenem Beitrag wurde auch erwähnt, daß mir der Vortragssaal beim israelischen Journalistenverband „Haus Sokolow“ wegen Bombendrohungen durch die orthodoxen Juden

nicht mehr zur Verfügung stünde. **Wer dieses Buch noch nicht besitzt, sollte es bei uns bestellen.**

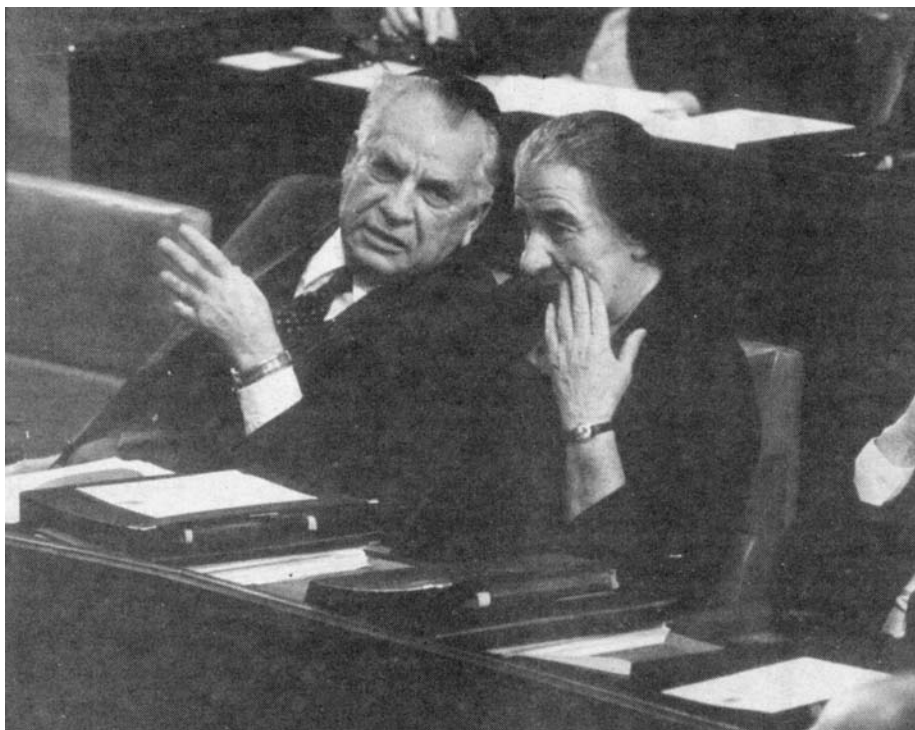
Die Leser anderer Israel-Werke dürfen sich nicht wundern, wenn solche Meldungen unterschlagen werden, um das „tadellose“ Bild der Juden nicht zu beschädigen. Dies allerdings ist gegenüber wahrheitssuchenden Christen unaufrichtig und gegenüber dem Heiland Jeschua unehrlich. Dabei stelle ich immer wieder fest, daß auch Leser unserer BNI-Zeitschrift zu faul sind, unsere Berichterstattung sorgfältig zu studieren, um wirklich informiert zu sein und solche Informationen auch weiterzugeben. Dort, wo dies unterbleibt, werden Christen weiterhin in den Irrtum auch über das wahre Gesicht Israels verführt. Wir geben uns mit unserer seriösen Berichterstattung über Israel soviel Mühe, und manche Leser überfliegen lediglich unsere Ausführungen, weil ihnen bereits das Lesen allein zuviel Mühe bereitet. Es lohnt sich sehr wohl, unsere Beiträge zu lesen, auch wenn mir dabei selbst das Herz blutet, wenn ich ohnmächtig zusehen muß, wie auch deutsche Christen durch ihre blinde Solidarität gegenüber Israel das jüdische Volk erneut in die Gottesferne schicken, denn ohne eine Umkehr zu dem noch immer verachteten Messias Jeschua verlieren auch Juden den Anspruch auf ein ewiges Leben, was wir ihnen doch alle von Herzen wünschen.

Unser jahrzehntelanger Kampf für die fundamentalen Menschenrechte als Voraussetzung dafür, daß wir unserem Volk die Heils- und Friedensbotschaft des jüdischen Messias Jeschua verkündigen können, hat uns auch in den Reihen evangelischer und evangelikaler Christen weitgehend vereinsamen lassen. Auch dies ist ein Zeichen der Erkenntnis- und Interessenlosigkeit, was das Schicksal der Glaubensge-

nossen in Israel angeht.

So ist es eine Farce, wenn der Vorsitzende der berüchtigten „Jad le-Achim“, Rabbi Schalom Dov Lipschitz, sogar den Papst Benedict XVI. anlässlich seines jüngsten Besuches in Israel auf die zirka 2.000 verschollene Kinder jüdischer Eltern ansprach, die während der Nazi-Zeit in Klöstern oder bei christlichen Familien die Zeit des Holocaust unbeschadet überlebten und die nun dieser Rabbi Lipschitz wieder ins Judentum zurückführen will. Angeblich würde er mit einer „Flut von Eingaben“ überschüttet werden, möchte der eifrige Rabbi der Welt glauben machen (Titel in der „Jerusalem Post“ vom 2. Juli 2009 „Yad L’Achim flooded with inquiries about ‚lost Jews“). Hiernach ist „verloren“, der nicht dem jüdischen Glauben angehört. Nun soll der Papst dafür sorgen, die verschwundenen Kinder, die heute schon betagte Menschen sind, wieder ausfindig zu machen. Da die lokalen Kirchen wohl bewußt keine Archive geführt haben, wo die Nazis die jüdischen Kinder hätten ausfindig machen können, erweist sich ein solches Unterfangen als sehr problematisch. Lipschitz meint: „Man darf Hitler nicht diesen Endsieg gönnen!“ Der Nuntius des Heiligen Landes, Erzbischof Antonio Franco, hält daher diese Angelegenheit für sehr „delikat“ und „komplex“. „Jad le-Achim“ arbeitet sogar mit dem „Rabbinical Center of Europe“ (RCE) zusammen, wohl auch, um auf diese Weise Judenchristen bereits im Vorfeld ausfindig zu machen, ehe sie überhaupt Anträge auf Auswanderung nach Israel bei der „sochnut“ stellen.

In meinem persönlichen Fall war es der HERR selbst, der mich auf die Spur setzte, und dann auf meinen Antrag hin der „Jüdische Oberrat“ in Baden mit Sitz in Karlsruhe eigene Nachforschungen in meiner Geburtsstadt Halle/Saale anstellte. Das Ergebnis führte dann zu einem Referat



Innenminister Chaim Mosche Schapira (NRP-Partei) mit Golda Meir auf der Regierungsbank

des Staatssekretärs Dr. Goldin gegenüber Israels damaligem Innenminister Mosche Chaim Schapira, der bei mir zurückfragte, welcher Glaubensgemeinschaft ich 1963 angehöre. Meine ehrliche Antwort lautete: der evangelischen Kirche. Dies wiederum führte zu einer Sondersitzung der deutschen Rabbiner-Konferenz mit Vorsitz von Rabbiner Dr. I.E. Lichtigfeld. Man tat sich schwer anzuerkennen, daß es einen Volljuden gäbe, der vom Holocaust verschont blieb. Demzufolge erhielt ich den Namen „Mosche“ von Dr. Lichtigfeld in Anlehnung von Moses, der erst mit 40 Jahren von seiner hebräischen Herkunft erfuhr; bei mir war dies mit 26 Jahren – dem Zahlenwert des Namens Gottes. Darüber solle ich froh sein, meinte Rabbiner Dr. Lichtigfeld. Mehr sei an dieser Stelle nicht mitgeteilt.

Die orthodoxen Juden sind im Volke unbeliebt

Wie bereits in Raanana so nun auch in Tel Avivs Ramat Aviv findet ein kontinuierlicher Influx von orthodoxen Juden in Stadtgebiete

statt, die bislang nur von weltlich eingestellten Israelis bewohnt werden. Knesset-Mitglied Nitzan Horowitz (Meretz-Partei) zufolge verfolgen diese das Ziel, die normale israelische Öffentlichkeit zu kippen. Während die Orthodoxen davon ausgehen, daß sie überall im Lande ebenfalls ein Niederlassungsrecht hätten wie jeder andere Bürger auch, protestieren weltliche Bürger gegen zunehmende Einschränkungen durch diese fanatische Bevölkerungsgruppe.

„Ich bin nicht gegen irgend jemanden, der religiös ist, so lange sie ihre Lebensweise mir nicht aufzwingen wollen“, erklärt Dani Borton, der zum Lehrkörper der Allianz-Oberschule in Ramat-Aviv angehört, und fährt fort: „Überall dort, wo diese orthodoxen Juden in Stadtviertel Einzug halten, entstehen Spannungen. Falls wir nichts dagegen unternehmen, werden wir ernsthaft Probleme haben.“ Die Schulleiterin, Varda Kadan, klagt, daß die Chabad-Juden, die an den 1992 verstorbenen Lubawitscher Rebbe als Messias glauben, stellen sich gegenüber der Schule auf

und animieren die Schüler, Tefillin (Gebetsriemen) anzulegen und verteilen dazu noch Flugblätter, wie man orthodox (streng gläubig) wird. Es ist kein Geheimnis, daß die fanatischen orthodoxen Juden überall im Lande missionieren dürfen, auch gegenüber Jugendlichen unter 14 Jahren, was Judenchristen verboten ist. Sogar an Ampeln und Straßenkreuzungen stehen sie und verteilen ihre Handzettel, um möglichst das ganze Volk zu einem Rabinatsstaat zu machen, wo nur noch die Torah mit ihren archaischen Gesetzen (Steinigung als Strafe) geltend soll, ähnlich den Mullahs in Teheran.

Die Orthodoxen verstehen sich als Hüter nicht nur der jüdischen Tradition, sondern meinen, durch die Einhaltung der inzwischen 613 Gebote und Verbote die Erlösung Israels voranzutreiben. Dazu gehört a priori auch die Einhaltung der Schabbat-Heiligung, denn würde ganz Israel zwei Schabbatot akkurat einhalten, würde Israel nach talmudischer Auffassung von drei Dingen befreit werden: 1. vom Angriff des „Gog aus Magog“ (Rußland nach Hes. Kap. 38); 2. von den messianischen Leiden und 3. vom göttlichen Endgericht.

Weitere Unruhen finden zur Zeit der Abfassung dieses Beitrages in Jerusalem statt. Anlaß ist die Verhaftung einer Mutter aus den ultra-orthodoxen Kreisen, die ihrem 3-jährigen Sohn zwei Jahre lang die Nahrung weitgehend entzogen hat, so daß er nur noch sieben Kilo wiegt. Die Ärzte kämpfen zur Zeit um sein junges Leben. Aber die Verhaftung der „frommen“ Frau löste heftige Unruhen in Jerusalem aus. Diese bewarfen Polizeikräfte mit Felsbrocken und versperrten die Bar-Ilan-Straße und den Eschkol-Tunnel mit Mülltonnen und Abfällen. Polizeisprecher Micky Rosenfeld gab bekannt, daß 28 Protestler verhaftet wurden. Wahrscheinlich werden sie durch die



Ob es um einen Parkplatz geht oder um eine Mutter aus den ultraorthodoxen Kreisen, die ihr Kind verhungern lassen wollte, die orthodoxen Juden finden stets einen Grund, um mit ihren gewalttätigen Demonstrationen für Unfrieden im Volke zu sorgen. Selbst Kinder nehmen daran teil, die dann später diesem schlechten Beispiel folgen und ebenfalls Israels Ordnungskräfte und Unbeteiligte mit Steinen bewerfen

Hintertür wieder freigelassen. Die laue Behandlung der orthodoxen Juden durch die Polizei führt zu immer heftigeren Unruhen vor allem in der vermeintlich „heiligen“ Stadt Jerusalem. Jerusalems Oberbürgermeister Nir Barkat sah sich daher genötigt, die städtischen Dienste in Ge'ula und Mea Shearim einzustellen und zwar nicht als Strafe für die dort lebenden orthodoxen Juden, sondern aus Angst, daß die städtischen Bediensteten tätlich angegriffen werden könnten. Die berittene Polizei geht mit Wasserwerfern gegen die Randalierer vor.

Die vermeintlich frommen Juden mißbrauchen die Religion als Schwertspitze gegen das Volk. Sie finden immer einen Grund zu ihren gewalttätigen Protesten. Einmal protestieren sie gegen den Bau einer neuen Straße, wobei ihr Protest umso heftiger ausfällt, wenn man dabei auf Kno-

chenreste stößt. Denn die Totenruhe der Juden darf nicht gestört werden, ungeachtet dessen, ob es sich dabei vielleicht auch um die Knochen christlicher Kreuzritter oder Muslime handelt. Man kann schließlich den Knochen nicht ansehen, welchen Glauben der dazugehörige Mensch vertreten hat.

Auch die massiven finanziellen Zuwendungen der Regierungen an die „Jeschivot“ (Talmudschulen), wo die Intoleranz gelehrt wird, führen zur Unzufriedenheit im Volke. Als noch die Menschenrechtspartei „Meretz“ mit Schulamit Aloni und Jossi Sarid und die Schinui - Partei mit „Tommy“ Lapid im Regierungsbote saßen, waren die orthodoxen Parteien noch gemäßigter. Aber „Schinui“ mit im Jahre 2003 15 Parlamentssitzen gibt es nicht mehr, und die „Meretz“-Partei, die auch ich bei den letzten Wahlen wählte, verfügt nur noch über drei

Parlamentssitze. Der israelische Wähler ist also selbst schuld, wenn die orthodoxe Minderheit derart Oberwasser bekommen hat, daß sie sich solche Exzesse in einer Zeit großer außenpolitischer Spannungen meint erlauben zu können. Die weltlich eingestellte Mehrheit des Volkes befindet sich hier im ständigen Rückzug. Die skandalumwitterte „Schas“-Partei führte damals Arie Deri, der später wegen Korruption zu drei Jahren Gefängnis rechtskräftig verurteilt wurde und mit ihm der andere „fromme“ Jude Pinchasi.

Als 22 Kinder bei einem Bahnübergang in ihrem Schulbus ums Leben kamen, führten dieses Unglück die orthodoxen Rabbinen auf fehlerhafte „Mesusot“ (Gebetshüllen an den Türpfosten, d.Verf.) in besagter Schule zurück. Außerdem machten sie die Bewohner von Petch-Tiqva dafür verantwortlich, weil sie den

Schabbat nicht korrekt einhielten.

Aber aufgrund der Vielzahl ihrer Kinder vergrößert sich der Bevölkerungsanteil der orthodoxen Juden gegenüber den säkularen Juden wesentlich, so daß auch in noch weltlichem Jerusalem Stadtviertel Kiriat Jovel orthodoxe Juden damit begonnen haben, Wohnungen aufzukaufen und illegal Synagogen zu eröffnen. Eine weltliche Gruppe, die sich an die demokratischen Grundsätze hält, steht nun sieben orthodoxen Gruppen gegenüber. Der Unmut im Volke wächst, das sich durch diese frommen Eiferer in ihrem Lebensstil nicht beeinträchtigen lassen möchte. Und wer, wie Gideon Levy in einem Artikel schrieb, Tel Avivs Bevölkerung als „antisemitisch“ bezeichnet, weil sich die Stadt gegen eine Übernahme der orthodoxen Juden wehrt, obschon sie in Bnei Brak ein ganzes Stadtviertel bilden, der hat eine rote Linie überschritten. Israel kann sich in seiner prekären außenpolitischen Lage keine innenpolitische Krise erlauben, die Regierungschef Netanjahu mit zu vertreten hat, weil er sämtliche orthodoxe Parteien in seine Regierung geholt hat, anstatt diese Parteien zu isolieren.

Nein, Israel ist kein Staat zum Träumen. Christliche Israelwerke und deren Referenten, die ein rosarotes Bild über Israel zeichnen, sind Lügner, die die wahren Verhältnisse in Israel zu unterschlagen versuchen, nur um die Spenden von ahnungslosen Christen weiterhin sprudeln zu lassen. Aber nicht mit der Lüge ist Israel zu helfen, sondern mit der Heils- und Friedensbotschaft seines wahren Messias Jeschua. Nur er kann das Herz der orthodoxen Juden in ein friedfertiges umwandeln. Aber die Frage bleibt offen, wie wir unter diesen erschwerenden Bedingungen diese messianische Botschaft so unter das Volk bringen können, daß sie auch gehört wird. Mit Traktatver-

teilung an der Straßenecke ist es nicht getan. Und Anzeigen in den großen hebräischen Zeitungen sind zu kostspielig. Die Kirchen helfen uns nicht dabei, sondern lediglich Einzelspender, deren Zahl in der zunehmend antichristlichen Zeit weniger und nicht mehr wird. Selbst die evangelikalen Organisationen gehören nicht zu unseren Spendern, wofür sie sich am Jüngsten Tage werden verantworten müssen.

Muß die Omar-Moschee zerstört werden, um einem Dritten Tempel Platz zu machen?

Das Endzeitfieber macht auch vor Juden und Christen nicht halt. So gibt es eine neue interkonfessionelle Initiative, die davon ausgeht, daß der Felsendom (Omar-Moschee) nicht notwendigerweise zerstört werden müßte, um einem dritten jüdischen Tempel Platz zu machen. Das Projekt lautet: „Gottes Heiliger Berg Vision“ (God's Holy Mountain Vision). Diese „Visionäre“ gehen davon aus, daß der Tempelberg, auf dem die beiden Moscheen „El-Aqsa“ und „Omar“ stehen, als Pilgerstätte für alle drei Religionen, Juden, Christen und Muslime gleichermaßen, dienen soll, meint zumindest der Direktor dieser Initiative, Yoav Frankel. Die deutsche „Konrad-Adenauer-Stiftung“ soll sich an der Finanzierung dieser (unsinnigen, d.Verf.) Planung sogar beteiligen (Quelle: „The Jerusalem Post“ vom 22. Juni 2009).

Die Omar-Moschee mit ihrer goldenen Kuppel wurde nach islamischer Tradition im Jahre 691 n.Chr. gebaut, wo vom Moriah-Felsen aus der „Prophet“ Mohammed mitsamt Gaul angeblich in den Himmel entrückt wurde (Plagiat zu Christi Himmelfahrt). Man geht allgemein davon aus, daß die Omar-Moschee auf den Trümmern des Zweiten Tempels und des Allerheiligsten errichtet

wurde. Nach jüdischer Tradition könne also die Errichtung eines Dritten Tempels nur an der Originalstelle erfolgen, wo heute die Omar-Moschee steht. Doch Frankel vertritt in einem Beitrag in *Techumim* die Auffassung, daß es hierzu noch eine andere Option gäbe. Er bringt hierzu einen imaginären Propheten ins Spiel, der eine außergewöhnliche Autorität wäre und die Fähigkeit besäße, den genauen Standort des einstigen Tempels zu bestimmen – unabhängig vom jüdischen Traditionsdenken. Durch eine Offenbarung würde der Prophet die Anweisung zum Bau des Tempels an einer Stelle geben, die in „friedlicher Nähe“ zur jetzigen Omar- und Al-Aqsa-Moschee läge.

Muslimen und Juden haben sich bereits von solchen Plänen distanziert. Scheich Abdulla Nimar Darwisch, Gründer der islamischen Bewegung in Israel, sagt, daß der „Mahdi“ (islamisches Pendant zum jüdischen Messias) sich offenbaren würde. Der Mahdi würde darüber entscheiden, ob ein Tempel zu errichten sei oder nicht. „Dann würde ich selbst ihm beim Steintragen helfen“, meint der Scheich. Gleichzeitig warnte er, mit einem solchen Bau vor der Ankunft des Mahdi zu beginnen. Wer den Status quo zu verändern suche, wird neues Blutvergießen heraufbeschwören. Selbst die Juden gehen davon aus, daß nur der Messias selbst das Recht habe, einen Dritten Tempel zu errichten.

Baruch Ben-Joseph, Vorsitzender der Tempel-Bewegung, hingegen meint, daß der neue Tempel nur an der originalen Stelle errichtet werden könne, wo jetzt die Omar-Moschee steht. Ein Prophet hätte seiner Meinung nach nicht die Macht, das Gesetz zu verändern. Ben-Joseph verweist hierbei auf den Sanhedrin, den 70-köpfigen rabbinischen Rat, der einst auch das Todesurteil über den Messias Jeschua beschloß. Nach einem Dekret des

Oberrabbinats in Jerusalem ist den Juden das Betreten des Tempelbergs untersagt, weil dann unabsichtlich jene Stelle betreten würde, wo einst das Allerheiligste war. Dafür trampeln umso mehr die Araber auf dieser Stelle herum. Unterdessen gibt es erneut einen Sanhedrin mit Rabbi Adin Steinsaltz als Vorsitzenden. Hiernach sollen die Opferkulte wieder eingeführt werden, wie sie zur Zeit der früheren Tempel üblich waren.

Im Jahre 1990 gab es 22 Tote auf dem Tempelberg, weil der israelische Exzentriker, Gerschon Salomon, mit dem sich auch Fritz May vom einstigen CFI gemeinsam hatte ablichten lassen und der von ihm Spenden erhielt, den „Grundstein“ für den Bau des Tempels legte. Ariel Scharon hatte durch seinen Besuch auf dem Tempelplatz eine Intifada (Palästinenseraufstand) ausgelöst gehabt. Dieser Ort hat jedenfalls das Potential für einen Dritten Weltkrieg. Andererseits ist es ein Gericht Gottes, daß die Welt über diesen Platz nicht zur Ruhe kommt, was dann jedoch der Fall wäre, wenn Juden und Muslime sich endlich unter die Herrschaft des Messias Jeschua unterwerfen würden. Bis dahin wird es Krieg und Zerstörung geben, bis der Heiland auf dem Ölberg erscheinen wird, um sich aller Welt als Erlöser zu offenbaren (Sach. 14,4-7).

Weniger Christen in Jerusalem

Mag es an der Lauheit und Bekenntnisscheu der Christen liegen, daß nach jüngsten Erhebungen die Christen in Jerusalem um 2 Prozent abgenommen haben. In Jerusalem leben 15.000 Christen. Vor Staatsgründung im Jahre 1948 wohnten noch 31.000 Christen in Israels Hauptstadt. Nach dem Sechs-Tage-Krieg 1967 gab es einen Anstieg der christlichen Bevölkerung um 4 Prozent. In ganz Israel leben laut Statistik 150.000 Christen. Die Zahl der Judenchristen

ist indes unbekannt, da darüber keine Statistik geführt wird, denn man kann in den Augen der Juden nur Christ oder Jude sein. Die Hauptsorge der Kirchenführer richtet sich auf den ständigen Schwund an Gläubigen, so daß die Kirchen bald Museumscharakter bekommen, meint Dr. Amnon Ramon, Leiter des „Jerusalem-Institut für Israelische Studien“ (JIIS). Dieser Bevölkerungsschwund hängt nicht nur mit einer niedrigen Geburtenrate zusammen, sondern auch mit der Zerstrittenheit innerhalb der verschiedenen christlichen Gemeinschaften. Wir sehen ja auch in Deutschland, wie zerstritten die diversen Gemeinden sind, was sich auch an den messianischen Gemeinden in Israel zeigt. Allein in Jerusalem leben 4.500 Katholiken, 3.500 Griechisch-Orthodoxe; 1.500 armenische und 850 protestantische Christen. Darüber hinaus gibt es noch 2.600 christliche Ausländer, meistens Mönche und Kirchen-Angestellte ohne bleibenden Status. Hingegen steigt die Zahl der arabischen Bevölkerung mit zur Zeit 3 Prozent stetig. Die Juden haben nur eine Zuwachsrate von 1,8 Prozent. Im Jahre 2035 wird Jerusalem seine jüdische Mehrheit verlieren. Überhaupt verlassen die christlichen Palästinenser ihre Heimat, weil sie zunehmend von den Muslimen verdrängt werden. Bethlehem, das einst rein christlich war, wird von fast 90 Prozent Muslimen beherrscht. Auch Ramallah war einst eine christliche Stadt und wird heute von den Muslimen regiert. Christliche Araber haben keine Zukunft mehr in „Palästina“; sie ziehen zu Verwandten nach den USA oder sogar bis nach Santiago de Chile.

Viele weltliche Juden verlassen Jerusalem aufgrund der überwiegend jüdisch-orthodoxen Mehrheit, die der übrigen Bevölkerung den Lebensstil vorschreibt. In jedem Mehrfamilienhaus leben mehr orthodoxe als säkulare Juden. Manche wagen nicht, am Schabbat

das Haus zu verlassen, um von den orthodoxen Mitbewohnern nicht als Schabbatbrecher bezichtigt zu werden. Die religiöse Radikalisierung in Israel nimmt weiter zu. Hierzu ein Beispiel, das für viele solcher Fälle spricht:

Eine äthiopische Einwanderin wurde von einem orthodoxen Jeschiva-Schüler namens Itamar Biton auf einem Parkplatz in Jerusalem 2006 beim Manövrieren verletzt. Der Richter Mosche Drori verurteilte den jungen Mann nicht, um dessen Karriere als künftigen Rabbinatsrichter nicht zu gefährden. So entschied Richter Drori den Beschuldigten zu einer Wiedergutmachungszahlung und zusätzlichem Gemeindedienst. Der Richter erklärte noch, daß dank dieses Unfalls sie nun als Vollmitglied in der Gesellschaft akzeptiert sei. Aber war sie das wirklich?

Yair Ettinger von der Zeitung „HAARETZ“ veröffentlichte, daß das Rabbinatsgericht unerwarteterweise die Konversion der Frau ins Judentum wieder annulliert hat – und dies nach sechs Jahren. So widerfuhr es Dutzenden von Konvertiten, die noch Rabbi Chaim Druckman durchgeführt hatte, wie wir an anderer Stelle in diesem Beitrag berichtet haben. Daß das rabbinische Establishment sogar die Konversionszeugnisse durch den dafür beauftragten Rabbiner Druckman im Nachhinein wieder annulliert, beweist die weitere religiöse Radikalisierung in Israel. Da die Staatsbürgerschaft mit einer Anerkennung zur mosaischen Glaubensgemeinschaft verkoppelt ist, müssen solche Personen, denen die Übertrittsurkunden ad hoc wieder entzogen wurden, mit ihrer Deportation rechnen. Diejenigen Frauen, die inzwischen einen Juden heirateten und von ihm Kinder haben, müssen nun um den Zusammenhalt der Familie fürchten, denn die Kinder gelten dann nur noch als „Bastarde“, also nicht mehr als Juden, da sich die Herkunft eines Juden von der Mutter ableitet. Dabei leistet das von Eli

Ischai (SCHAS-Partei) geleitete Innenministerium dieser rassistischen und unmenschlichen Praxis der radikalen Rabbis Vorschub.

Der Kampf um einen Parkplatz in Jerusalem

Nachdem die Jerusalemer Stadtverwaltung am Schabbat einen Parkplatz eröffnete, kam es zu gewalttätigen Demonstrationen der orthodoxen Bevölkerung mit der Polizei, bei dem sechs Beamte verletzt wurden. Der Parkplatz ist gerade für solche Besucher gedacht, die zum Wochenende Jerusalem besuchen möchten. Jerusalems Oberbürgermeister Nir Barakat begab sich eigens zu dem orthodoxen Rabbi Itzchak Tuvia Weiss, um die Spannungen abzukühlen, aber vergebens. Die Orthodoxen, die vom Geld der Steuerzahler ein beschauliches Leben führen, betrachten den Staat Israel als einen häretischen, der sich ihrer Ansicht nach nicht an die mosaischen Gesetze hält. Dabei handeln sie noch mit den Fotos verletzter Polizisten. So kostet ein Foto eines blutüberströmten Beamten sage und schreibe 5.000 US-Dollar. Solche Aufnahmen kursieren dann in der weltweiten Judentum. Solche Gewaltnachweise sollen den Juden den Nachweis liefern, wie sie im Lande Zions über die Schabbatheiligung wachen. Dies unterscheidet das Judentum von der Liebeslehre des wahren Messias Jeschua, an die sich die Kirchen in allen Jahrhunderten freilich auch nicht gehalten haben und viele sogar evangelikale Christen auch heute noch nicht. Leider wurde die Lehre Jeschuas zur Gewaltlosigkeit in seiner Bergpredigt nicht zum Synonym für die institutionelle christliche Kirche. Damit hat sie vor allem bei den Juden an Glaubwürdigkeit verloren.

Ungeachtet dessen versuchen die religiösen Eiferer in Israel auch Einfluß auf die israelische Armee zu nehmen. Haupttrabbiner Brigade-General Avichai Ronski

überreichte den Soldaten während des Angriffs auf den Gazastreifen Literatur, wonach kein Millimeter des Landes aufgegeben werden dürfe. Er behauptete, daß die religiösen Soldaten tapferer wären als die weltlich eingestellten Militärs. Die mittleren Ränge werden unterdessen von mehr religiösen Offizieren bestimmt als in der letzten Dekade.

Selbstmorde in Israel

Ob die Zunahme der Selbstmorde in Israel auch beim Militär auf diese religiöse Radikalität zurückzuführen ist, wagt niemand laut zu sagen. Immerhin gibt es jährlich 400 Fälle an Selbsttötungen, wobei 75 Prozent davon männlichen Geschlechts sind. Vor allem 15- bis 24jährige Frauen begehen Suizid, wobei unter den Einwanderern aus Rußland die Selbstmordrate höher ist als bei den eingeborenen Israelis. Vor allem bei der äthiopischen Minorität wächst die Selbstmordrate stetig. Im Zeitraum von 2004 bis 2006 wuchs die Zahl der Suizide gegenüber den eingeborenen Israelis um das Siebenfache. Dies ist kein Kompliment für ein Land, das

sich als „Heiliges Land“ versteht.

Dafür fand auch in diesem Jahr unter starken Sicherheitsvorkehrungen der alljährliche Lesben und Homo-Umzug in Jerusalem im Juni statt. An diesem Spektakel nahmen 4000 Personen teil. Die Veranstalter berufen sich dabei auf die Redefreiheit und bezeichnen ihre Demonstration als Marsch für Standesbewußtsein, Pluralismus und Toleranz. Matt Schultz, 21, aus Boston, meint, Jerusalem sei die Hauptstadt des jüdischen Volkes, aber nicht der jüdischen Religion. Britney Miller, 24, aus Los Angeles behauptet, daß 10 Prozent der Tiere homosexuell seien und somit analog auch der homo sapiens.

Fest steht, daß der Glaubenskampf der Judenchristen noch härter wird als bereits in der Vergangenheit. Daß dabei auch nicht vor Mord zurückgeschreckt wird, erlebte ich ja nun im November vergangenen Jahres. Trotz aller Warnungen zum Trotz werden wir bekennenden Judenchristen nicht umhin kommen, die israelische Öffentlichkeit mit unserem messianischen Zeugnis zu erreichen. Es kann uns nicht befriedigen, die Wahrheit in Jeschua zu kennen,



Israel ist stolz auf seine Huren und Homos. Wie jedes Jahr fanden in Tel Aviv und Jerusalem Umzüge von Homos und Lesben statt. 1.500 Polizisten sorgten für deren Sicherheit, aber niemand kümmert sich um die Sicherheit der messianischen Juden, die in Israel ein Schattendasein führen

sein Erlöserblut in Anspruch genommen zu haben und im übrigen unser Volk in Zion sich selbst und seinen orthodoxen Gralshütern zu überlassen. Ohne die Gabe des Heiligen Geistes werden wir allerdings die Juden wenig oder gar nicht überzeugen können. Dazu bedarf es flankierender Maßnahmen durch den HERRN selbst und zwar durch eine Druckverstärkung auf das Existenzrecht Israels auf sein Land.

Eine solche Druckverstärkung ist nicht nur die Distanzierung der US-Regierung gegenüber Israel, sondern auch die Bedrohung aus dem Iran, nachdem nicht nur der israelische Geheimdienst „MOS-SAD“, sondern sogar der deutsche Bundesnachrichtendienst davon ausgehen, daß innerhalb von sechs Monaten der Iran über eine Atombombe verfügen wird. Es dürfte als sicher gelten, daß die Iraner von ihrem Vorhaben nicht abzubringen sind. Die Frage bleibt offen, ob und wann die israelische Luftwaffe die iranischen Atomanlagen angreifen werden. Ein solcher Schritt dürfte die Lage im ganzen Nahen und Mittleren Osten extrem verschärfen. Eine Intervention Rußlands wäre dann auch nicht mehr auszuschließen. Mit dieser Einschätzung kommen wir dem gefährlich nahe, was das prophetische Wort in der Bibel bereits für unsere Endzeit in Aussicht stellt: ein Angriff auf Israel. Denn Gott hat verheißen, Jerusalem zum Laststein (ewen ma'amasah) und zu einer Giftschale (saf ra'al) gemäß Sach. 12,2-3 machen zu wollen. Und was sich Gott vorgenommen hat, wird sich auch erfüllen, was nur eine Frage der Zeit ist.

Mehr denn je sind wir daher in Israel auf die Durchhilfe des Messias Jeschua angewiesen. Und alle Personen oder Werke - auch im so genannten christlichen Lager -, die diesen Verkündigungsdienst schlecht reden oder auf seine Beseitigung aus sind, können

sich dabei nicht auf den Geist Gottes berufen, sondern handeln im Sinne finsterner Mächte. Wem dies nicht klar sein mag, wird es alsbald spüren, wenn der HERR selbst Hand an solche Personen und ihre Angehörigen legen wird. Nur mit dem Heiland gemeinsam können wir unser geplagtes Volk in Zion zum Nachdenken über sich selbst bringen. Die Zeit eilt – auch für den Rest der Welt. Denn die unsicheren Zeiten, in denen wir leben, ist der Stoff, aus dem Kriege gemacht werden. So richtet sich unsere Hoffnung allein auf den Heiland, um dessen Anerkenntnis durch das Volk Israel es letztendlich geht. Wir handeln nicht im eigenen Namen, sondern uns geht es um das Wohl und Wehe unseres Volkes.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir unseren Dank für die Treue und das Durchstehvermögen unserer geschätzten Glaubensgeschwister aus den Nationen zum Ausdruck bringen, die durch ihre Gaben diesen Dienst seit 32 Jahren erst möglich gemacht haben. Es geht nicht um eine Verherrlichung des Judenstaates. Sondern es gilt wachsamer zu sein als in den 30er Jahren in Deutschland, wo allzu viele deutsche Juden nicht daran dachten, daß ein so aufgeklärtes und gebildetes Volk wie das deutsche Volk zu einem solchen Barbarismus fähig sein könnte, bedenkenlos sechs Millionen Männer, Frauen und Kinder nur aus dem einzigen Grunde zu eliminieren, weil sie Hebräer waren. Hitler hatte den ägyptischen Pharao weit übertroffen, der die Juden als Sklaven behandelte, bis Fron auf Geheiß Gottes hin befreite.

Ich kenne auch Personen aus unserem Freundes- und Spenderkreis, die regelmäßig zu falschen Propheten laufen, weil sie erpicht sind, Zahlenangaben über die Ent-rückung und Parusie des Heilands

zu erfahren. Wir kennen diese falschen Prediger – und meiden sie, nachdem sich ihre Berechnungen als unzutreffend erwiesen hatten. Aber es fehlt an der Bereitschaft vieler Christen, daraus nun Konsequenzen zu ziehen und solche Leute zu meiden, die im alten Israel gesteinigt worden wären. Wir selbst achten auf die Zeichen von Jeschuas Wiederkunft, an denen wir ablesen können, daß wir an der Schwelle der antichristlichen Machtherrschaft stehen. Dies erkennt man aber auch und gerade an Israels Schicksalsstunden. Wir dürfen gespannt sein, wie der Heiland handeln wird.

Daher laßt uns im Aufblick zu dem Messias Jeschua fest zusammenstehen, denn die Sichtung der gläubigen Schar hat längst begonnen. In diesem Sinne wollen wir füreinander beten und vor dem Heiland einstehen, auch und gerade dann, wenn ein Glaubensbruder oder –schwester in körperliche oder seelische Not geraten ist. Stoßt niemanden vor die Tore, der Euch um Hilfe und Beistand bittet! Denn wer sein Liebesgebot in Joh. 13,34-35 ignoriert, den wird der HERR auch hinausstoßen in die Finsternis. In dieser Seiner Liebe wissen wir israelische Judenchristen uns mit unseren Glaubensgeschwistern aus den Nationen herzlich verbunden und grüßen Euch alle aufrichtig mit aufrichtigem

**SCHALOM UWRACHA –
Friede und Segen**

Z e L e M – Verein e.V.

für den Vorstand:

**Klaus Mosche Pülz
RA Hansgötz Werner
Micha Owsinski**

und

**„Messianische Bekenntnisge-
meinschaft“ in Israel**